



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/52 - 2. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die Fronten haben sich versteift</u> Zum Konflikt zwischen Bund und Ländern über den Bundeshaushalt	86
3	<u>Moskaus Last</u> Zur Kreditgewährung an den Zonenstaat	45
4	<u>Mit schlechtem Beispiel voran</u> Bundesfinanzminister zahlt Mietvorauszahlung	45
5 - 6	<u>Von Bonn bleibt jedes Echo aus</u> Beobachtungen in Marokko Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	67

\* \* \*

\* \* \*

Die Fronten haben sich versteift

sp - Die Hoffnungen, dass bis zur Beschlussfassung des Bundesrates eine Einigung zwischen Bund und Ländern über die Höhe der Länderbeteiligung zur Deckung des Bundeshaushalts 1962 hergestellt werden könnte, haben sich nicht erfüllt. Bund und Länder sind sich keiner Schritt nähergekommen, vielmehr beharrt jeder auf seinem einmal bezogenen Standpunkt. So haben die Länder ihr Angebot, den Bundeshaushalt um 838 Mio DM zu entlasten, nicht erhöht. Der Bund dagegen hat nur in einigen finanziell nicht bedeutsamen Punkten zu erkennen gegeben, dass er den Vorschlägen des Bundesrates zu folgen bereit sei; im Übrigen hält er unverändert an seinen Forderungen fest.

Als wesentliche Streitpunkte haben sich folgende Forderungen der Länder herausgestellt:

1. Höhere Steuerschätzungen,
2. Erhöhung der Globalkürzung,
3. Deckung des Fehlbetrags 1961,
4. Übernahme der Wissenschaftsmittel auf die Länderhaushalte.

Hat jeder Recht?

Beim Vergleich der Argumente ist man versucht zu sagen, dass jeder Partner von seinem Standpunkt aus Recht hat. So fordern z.B. die Länder mit einer gewissen Berechtigung, dass der Bund die Einkommen- und Körperschaftsteuer genauso hoch schätzt wie sie es in ihren Haushaltsplänen getan haben. Der Bund dagegen verteidigt seine Schätzung mit dem Hinweis, dass er bereits die tatsächlichen Ergebnisse des Jahres 1961 und die Abmilderung der Konjunktur berücksichtigt und außerdem seine Schätzung mit der Bundesbank und den unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituten abgestimmt habe. Die Länder hätten diese Erkenntnisse bei ihren Schätzungen noch nicht zugrunde legen können, weil sie ihre Haushaltspläne früher aufgestellt haben.

Auf Grund der tatsächlichen Rechnungsergebnisse des Bundeshaushalts bestehen die Länder darauf, dass der Bund seinen Ansatz für Einsparungen auf Grund der Globalkürzung erhöht. Der Bundesfinanzminister bestreitet die Berechtigung dieser Forderung mit nicht minder einleuchtenden Argumenten und wirft seinerseits den Ländern vor, dass sie nicht bereit seien, einen konkreteren Beweis für die Möglichkeit der behaupteten Einsparungserhöhungen anzutreten.

Argumente des

Zu einer haushaltsrechtlicher Streitfrage scheint sich die Forderung der Länder auf Verschiebung der Fehlbetragsdeckung 1961 zu entwickeln. Die Länder weisen darauf hin, dass die Deckung des Fehlbetrags 1961 erst im übernächsten Jahr, also im Jahr 1963, notwendig sei. Bisher

2. März 1962

habe der Bund noch niemals den Fehlbetrag im nächsten Jahr abgedeckt. In diesem Haushalt, den der Bundesfinanzminister als Nothaushalt bezeichnet hat, wäre daher eine vorzeitige Deckung erst recht nicht am Platze. Demgegenüber macht der Bundesfinanzminister geltend, dass nach dem Sinn der Haushaltsvorschriften der Fehlbetrag des vergangenen Jahres im folgenden Haushaltsplan abgedeckt werden muss, wenn dies zeitlich möglich ist. In der Regel sei dies gar nicht durchführbar, nur in diesem Jahr sei es möglich, weil durch die verspätete Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1962 der Fehlbetrag 1961 bereits feststehe und bekannt sei.

Auch das Angebot der Länder, den Bundeshaushalt durch Übernahme der wissenschaftlichen Forschungsmittel auf die Länderhaushalte zu entlasten, wird von der Bundesregierung zurückgewiesen. Sie erkenne zwar die Bereitschaft der Länder an, die auf diese Weise den Bundeshaushalt entlasten wollen. Sie wendet sich aber gegen die Herausnahme der Mittel aus dem Bundeshaushalt und fordert stattdessen, dass die Länder die Mittel über ihren Länderbeitrag dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen.

Auch gegen die Bedingung, Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf den angebotenen Länderbeitrag anzurechnen, protestiert die Bundesregierung.

#### "Schwarzer Peter" beim Bundestag

Bund und Länder haben ihre Forderungen und Vorschläge gut begründet, der neutrale Beobachter steht aber den Argumenten etwas ratlos gegenüber und fragt sich, wie dieser Streit ausgehen soll. Jetzt liegt der "Schwarze Peter" beim Bundestag, der in dieser Sache aber ebenfalls Partei ist. Daher ist zu befürchten, dass sich der Streit dadurch nur verlängert, denn es ist nicht ausgeschlossen, dass der Bundesrat erst-mals den Vermittlungsausschuss anrufen wird und dass sich dadurch das Inkrafttreten des Bundeshaushalts trotz der geplanten beschleunigten Verabschiedung im Bundestag noch weiter verzögert. Eine solche Entwicklung könnte nur verhindert werden, wenn die Finanzminister von Bund und Ländern in der Zwischenzeit zu einer Verständigung kommen.

Auf jeden Fall sollte im Interesse des Ansehens unserer noch jungen Demokratie verhindert werden, dass dieser Streit zu einer Kraftprobe zwischen Bundestag und Bundesregierung einerseits und Bundesrat und Ländern andererseits wird. So weit sind die Partner nämlich gar nicht auseinander. Im Hinblick darauf, dass die finanziellen Beziehungen des Bundes und der Länder durch die bevorstehenden Verhandlungen über die Neuordnung unserer Finanzverfassung sowieso auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen, sollte z.B. die Zuständigkeitsfrage zweckmäßigerweise vom Status quo ausgehen. Das allein würde schon die Partner einen entscheidenden Punkt näherbringen. Die Regelung für dieses Jahr ist zudem nur eine Übergangsmaßnahme ohne präjudizierende Wirkung für eine endgültige Lösung. Diese Erkenntnis könnte unter Umständen die Einigung bringen.

Der Bundestag sollte sich daher nach Möglichkeit aus diesem Streit heraushalten und von den Partnern eine Einigung verlangen, ähnlich wie dies von der Bundesregierung und dem Land Berlin bei der Festsetzung der jährlichen Berlinhilfe geschieht.

Moskaus East

sp - Das Ulbrichtregime kann nicht auf eigenen Beinen stehen, weder politisch noch wirtschaftlich. Es ist auf die Hilfe seines mächtigen Gönners, die Sowjetunion, angewiesen. Das liegt gewiss nicht am mangelnden Fleiss der Bevölkerung Mitteldeutschlands und auch nicht daran, dass der einst Weltrauf besitzende Facharbeiter aus Thüringen oder Sachsen etwa seine industriellen Fähigkeiten verloren hätte. Das System, in das er eingespant ist, weiss damit nur nichts anzufangen. Es ist, obwohl es sich der Planwirtschaft verschrieben hat, durch Direktionslosigkeit und ein Übermaß an wuchernder Bürokratie gekennzeichnet.

Der Zonenstaat, früher die Korymben Deutschlands, leidet an ständigen Versorgungsschwierigkeiten. Verhängnisvoll für das Regime und die Bevölkerung hat sich die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ausgewirkt. Der Ideologe Ulbricht schlug seinerzeit alle Warnungen aus den eigenen Reihen über die Folgen einer Zwangsent eignung der Bauern in blindwütigem Eifer in den Wind. Heute erntet er die Früchte seiner Landwirtschaftspolitik in Gestalt eines Zusammenbruchs der Versorgungslage. Es fehlt an fast allem: an Butter, Milch, Kartoffeln, Fleisch, um nur die wichtigsten Nahrungsmittel zu erwähnen. Die stille, auch durch Terrorakte nicht zu behebende Resistenz der enteigneten Bauern bleibt nicht ohne Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Die Aussicht eines Kinabgleitens in die Zustände vor 1949 erhebt sich düster am Horizont.

Dies war es wohl, was Ulbricht wieder einmal zum Bittgang nach Moskau zwang. Er soll mit einem Zwei-Milliarden-Kredit zurückgekehrt sein. Die Sowjetunion, die nach dem Zusammenbruch die noch vorhandene Wirtschaftskraft der Zone durch wiederholte Reparationen auf ein Mindestmaß reduzierte, sieht sich heute genötigt, ihrem Schützling kräftig unter die Arme zu greifen. Für Moskau ist der Zonenstaat ein Pass ohne Boden. Die Gewährung der neuen Anleihe erhöht die Schuldenlast Pankows auf rund acht Milliarden Ostmark, eine gewaltige Summe, die schwer auf die Wirtschaft drückt. Auch der neue Kredit dürfte nicht die so heiss ersehnte Lieferfähigkeit der Zone erhöhen und bestehende Rückstände ausgleichen. Die mangelnde Planerfüllung der Zone bringt die ganze Wirtschaft des Ostblocks in arge Verlegenheit, es ergeben sich Stockungen bei der Durchführung des Siebenjahresplanes.

Neben rein wirtschaftlichen Erwägungen haben bei der Gewährung der Anleihe wohl auch politische Gründe eine Rolle gespielt. Die verstärkte wirtschaftliche Abhängigkeit der Zone von der Sowjetunion schränkt den Ermessungsspielraum Ulbrichts im politischen Bereich ein; so sah er sich genötigt, Funktionäre zurückzupfeifen und in gewissen Fragen auf der Stelle zu treten. Alles in allem genommen: die Sowjetzone bleibt zwar ein Faustpfand sowjetischer Deutschlandpolitik, aber um es einigermaßen lebensfähig zu erhalten, muss Moskau nicht nur 20 Divisionen ständig in Mitteldeutschland unterhalten, es muss auch Milliarden Rubel investieren auf Kosten der eigenen, mit Gütern ohnehin nicht gesegneter Bevölkerung.

### Mit schlechtem Beispiel voran

H.M. - Es ist nun mal das Streben der Menschheit, Zeugnisse ihres gegenwärtigen oder vergangenen Tuns zu sammeln, zu katalogisieren und der Nachwelt zu überliefern. Dabei spielt es in der Regel keine große Rolle, ob die konservierten Objekte erhaltenswert sind oder nicht. So finden sich in Museen neben Folterwerkzeugen, Bierdeckeln, Pfeifentstielen, Adelswappen, Hundehalsbändern oder Bettjäckchen auch kulturell oder wissenschaftlich höchst bedeutsame Sammlungen. Auch der Fiskus ist dem Dreg erlegen, sich in einer besonderen Museums-Spezialität zu "verewigen". Es gibt daher ein Steuermuseum, obgleich kaum zu befürchten steht, daß die zu allen Zeiten geöffnete Hand der Finanzverwaltung von Steuerzahler übersehen werden könnte oder gar in Vergessenheit geriete.

Wir wollen nicht streiten, zu welcher Kategorie - im eingangs erwähnten Sinne - ein Steuermuseum zählt. Wir wünschen aber doch, daß ein bestimmtes Dokument archiviert und allen Besuchern zugänglich gemacht wird, nämlich: Die Bundestagsdrucksache IV/140, betreffend die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im dritten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1961 (§ 33 Abs. 1 BHO).

In dieser Zusammenstellung stößt man - Einzelpar 08, Bundesminister der Finanzen - u.a. auf folgenden bemerkenswerten Tatbestand. Das bisher in den Räumen des Finanzamtes Freudenstadt untergebrachte Steuermuseum ist in die Bundesfinanzakademie verlegt worden. Die Abtei Michaelberg in Siegburg hatte sich bereit erklärt, entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die jedoch erst für diesen besonderen Zweck hergerichtet werden mußten. Und weiterhin - in wörtlichen Auszug: Die Kosten für die erforderlichen baulichen Maßnahmen betragen nach dem vorliegenden Kostenvoranschlag 100 000 DM. Diesen Betrag konnte die Abtei nicht aufbringen. Der Abtei sind deshalb im Wege der Mietvorauszahlung die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt worden.

So mancher Bundesbürger wird sich erstaunt die Augen reiben. Denn, so fragt er sich, hat man nicht unlängst noch zur Eröpfung der 17 Jahre nach Kriegsende verzweifelt und vergebens Wohnungssuchenden erklärt, man wolle dem "Unfug und Mißbrauch der Mietvorauszahlungen ein verdienstvolles Ende bereiten"? Auch nach den Wahlen wurde dies noch als Maxime der regierungsseitigen Wohnungspolitik behauptet.

Was aber jetzt als angewandte Praxis des Bundesfinanzministers offenkundig wird, das widerspricht allen offiziellen Beteuerungen Bonn's, die angespannte Situation des Wohnungsmarktes entschärfen zu wollen. Der Bundesfinanzminister also leistet selbst eine Mietvorauszahlung in der keineswegs unsträchtlichen Höhe von 100 000 DM. Und - was diese Handlungsweise besonders delikat macht - diesen Betrag müssen die Steuerzahler aufbringen, die zu erheblichen Teilen selbst zu der Opfern des Wachstums mit Preisen und Konditionen der Raumvermietung zählen.

2. März 1962

Von Bonn bleibt jedes Echo aus

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Marrakesch, Marokko, im März 1962

Der Verfasser dieser Zeilen ist kürzlich nach einem längeren Aufenthalt in Marokko in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Was er sah und hörte, schildert er in diesem Bericht.

Bonn läßt alle seine Chancen in Marokko mehr und mehr abdröckeln. Die arabische Jugend ist interessiert und fragt nach den deutschen Problemen. Aber: von Bonn bleibt jedes Echo aus. So hart und knapp fassen meine beiden Gesprächspartner ihre Kritik zusammen. Beide kennen sich aus: Professor Charles O. Holbing lebt seit 42 Jahren in Marokko, seit 18 Jahren in Marrakesch, der alten Sultanstadt, die in ihren zauberhaften Dattelpalmen-Cain in diesem Jahr ihren 900. Geburtstag feiert. Professor Holbing ist Maler. Er unterrichtet die arabische Jugend in Malen, Zeichnen und Kunstwissenschaft. Madame Abdel Koula wohnt als Catvin eines tunesischen Apothekers ebenfalls in der marokkanischen "Hauptstadt des Südens". Allerdings erst seit 6 Jahren. Vorher war sie in Speyer als Heidi Bauck bekannt.

Was soll geschehen? Beide sind sich einig. Es fehlen deutsche Investitionen, es sollten von deutschen Firmen Montageketten für Gebrauchsgüter aufgebaut werden, es fehlen Beihilfen für junge Deutsche, die in Marokko lernen wollen, und es werden die Stipendien für junge Marokkaner vernichtet, die Universitäten und technische Hochschulen im Bundesgebiet besuchen möchten. "Und dann der Arbeitsmarkt", wirft Madame Heidi ein. Viele arbeitswillige Araber könnten im arbeitskräfteknappen Bundesdeutschland ihr Brot verdienen. Man könnte sie dabei unmerklich ein bisschen erziehen und ihnen die Bildung geben, die sie für sich und den Aufbau ihres eigenen Landes begehren. "Würde der Westen, würde Deutschland denn davon nicht profitieren?"

#### Inner mehr ins Hintertreffen geraten

Professor Holbing begründet gern seine Ansicht. Seine Schüler, erzählt er, fragen erstaunt, warum die "Deutsche Welle" - diese Kurzwelleneuropasender sollen dem Ausland die deutschen Fragen vermitteln - nicht einmal eine Stunde in arabischer Sprache senden könne, damit auch die arabische Jugend über die sie sehr interessierenden deutschen Probleme etwas erfährt. Gerade die jungen Leute wollten wissen, "was los ist". "Von Osten können wir das 16 bis 18 Stunden täglich hören. In unserer Sprache". Die "Deutsche Welle" sei überhaupt nur sehr schlecht zu empfangen und werde darum nicht mehr gehört. Man könne sich nur noch einigermaßen regelmäßig aus den deutschen Zeitungen informieren, die mit zwei bis drei Tagen Verspätung ankommen, klagt

auch der Professor. Die ostdeutschen und überhaupt die Zeitungen aus dem Osten seien - im Gegensatz zu den Rundfunksendungen - in Marokko nicht vernehmlich. Obwohl man die Sowjetzonen-Propaganda richtig einschätze und den Worten des Ostens sehr skeptisch gegenüberstehe, sei die wesentlich größere Aktivität Ostberlins - "zuletzt die Ausstellung in Casablanca" - nicht zu bestreiten. Die arabische Jugend sei sehr lebhaft an Berlin interessiert. Erst beim Jahreswechsel sei wieder ihr Wunsch deutlich geworden, "Algerien und Berlin" müssten bald frei werden.

Nur wenig weicht die Auffassung von Madame Abdel Moula, die viel mit Tunesiern und Algeriern zusammenkommt, von dieser Auffassung ab. Sie beobachtet mit Sorge zunehmende starke kommunistische Strömungen. "Auch bei der Warenlieferungen legt sich der Osten mehr ins Zeug". Madame Abdel Moula: "Algerier und Tunesier sind in westlicher Beziehung sehr enttäuscht".

"... das wäre ganz schön"

Meine beiden Gesprächspartner in Marrakesch erinnern an das Vertrauen und an die Anerkennung, die der deutsche Name noch immer bei den arabischen Völkern genieße. Sie gehen auf Kaiser Wilhelms "Panthersprung nach Agadir" von 1911 zurück, eine Erinnerung, bei der die "offiziellen" deutschen Stellen in Marokko etwas erschreckt zusammensucken. Die Marokkaner gedenken aber noch heute zufrieden dieser deutschen "Heldentat".

Madame Heidi und Professor Kolbing sind einer Meinung: auf politischem und auf kommerziellen Gebiet sei die Bundesrepublik "immer mehr ins Hintertreffen geraten".

Bei der deutschen Botschaft in Rabat klingt es dagegen anders. Kommunismus? "Aber nein". Entwicklungshilfe? "Nun ja, das wäre ganz schön". Es sei wohl in Bonn noch nicht notwendig erschienen, denn Marokko sei strikt neutral, aber "westlich" eingestellt. Setzone? Zwei Sowjetzonen-Funktionäre mühten sich zwar unter den Fittichen der GDR-Botschaft propagandistisch ab. "Das hat aber keine Bedeutung".

Madame Heidi und Professor Kolbing sind zwar schon recht lange in Launde, sie kennen aber die Meinung und Stimmung der Bevölkerung und vor allem der Jugend natürlich nur inoffiziell.

- + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel